

Das Wahljahr



Es geht los! Die ersten Spekulationen über die Resultate der National- und Ständeratswahlen werden gemacht. Welche Partei wird zulegen, welche wird Federn lassen? Es geht jedoch nicht um die Grösse der Partei, sondern darum, welche Partei sich tatsächlich für eine Verbesserung der Lebenssituation der weniger privilegierten Bevölkerungsgruppen einsetzt. Die SP ergreift Partei für diese Menschen. Wir setzen uns ein für gute Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, qualitativ gute hochwertige Bildung, die KMU und eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik. Und wir wehren uns vehement gegen eine zunehmend menschenverachtende Asylpolitik, einen weiteren Abbau im Sozialbereich und zusätzliche Steuergeschenke an die grössten Unternehmen, wie dies die bürgerlichen Parteien wollen. Um unsere Ziele vorwärtszubringen, ist es selbstverständlich wichtig, dass wir so viele Sitze wie möglich im Nationalrat sowie den Ständeratssitz gewinnen. Deswegen sind wir euch sehr dankbar, wenn ihr möglichst viele Bewohner:innen aus dem Aargau persönlich sensibilisiert und mobilisiert. Unsere Kandidat:innen sind bereit, euch dabei zu unterstützen. Ihr könnt sie über die Webseite einladen, an ungezwungenen Anlässen gemäss euren Vorstellungen teilzunehmen.

Nora Langmoen von Baden
ist Co-Präsidentin der SP Aargau
und Badener Einwohnerrätin.

Massnahmen gegen den Fachkräftemangel

Im Januar besuchte ich im Rahmen meiner «unterwegs für den Aargau»-Tour die Pflege in Muri und Rivella in Rothrist. Was bei beiden Besuchen klar zum Ausdruck kam: Der Fachkräftemangel ist auch im Aargau ein grosses Problem.



Gabriela Suter von Aarau ist SP-Nationalrätin. Sie kandidiert im Oktober auch für den Ständerat.

Die Unternehmen fahren verschiedene Strategien: Sie verstärken ihr Engagement in der Ausbildung und stellen mehr Lernende ein in der Hoffnung, diese würden später im Betrieb bleiben. Sie versuchen, mit attraktiven Anstellungsbedingungen zu punkten – mehr Lohn, mehr Ferientage, bessere Sozialleistungen, flexiblere Arbeitszeiten. Andere rekrutieren im Ausland – etwa das Kantonsspital Aarau, das kürzlich in Rom Stelleninserate schaltete.

All diesen Bestrebungen ist gemeinsam, dass sie das Problem nicht an der Wurzel packen. Wenn wir ausländische Fachleute anwerben, hilft das zwar hier, die Leute fehlen dann aber in ih-

ren Herkunftsländern. Wenn die Firmen mit besonders guten Anstellungsbedingungen und höheren Salären um Mitarbeitende buhlen, ist das selbstverständlich sehr zu begrüssen (wobei gute Anstellungsbedingungen und faire Löhne eine Selbstverständlichkeit sein sollten). Aber eigentlich werben die Firmen sich mit diesen Massnahmen nur gegenseitig die Angestellten und Lernenden ab, der Pool an Fachkräften wird deswegen nicht grösser. Nachhaltige Lösungen sind deshalb gefragt! Ich sehe ein grosses Potenzial darin, das Arbeitskräftepotenzial von Frauen und Menschen mit Behinderungen besser zu nutzen. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen, die die Politik schaffen muss:

- Alle Kinder bis Ende der Primarschule sollen ein Anrecht auf einen bezahlbaren Betreuungsplatz haben – so wie das unsere Kita-Initiative fordert. Damit fördern wir die Verein-

barkeit von Familie und Beruf. Langfristig führt nichts an der flächendeckenden Einführung von freiwilligen öffentlichen Tagesschulen vorbei. Es braucht mehr Teilzeitstellen für Frauen und Männer. Wenn beide Elternteile je zu 80 Prozent arbeiten, wird das Potenzial von beiden optimal genutzt und erst noch für die nötige Work-Life-Balance gesorgt. Die steuerliche Benachteiligung von berufstätigen Ehepaaren muss mit der Individualbesteuerung beseitigt werden.

- Viele Unternehmen tun sich noch immer schwer, Menschen mit Behinderungen anzustellen. Die Firmen sollten das brachliegende Potenzial nutzen und sich endlich für Inklusion öffnen. Die Schweiz könnte sie gesetzlich dazu verpflichten – wie das in Deutschland bereits der Fall ist. So sorgen wir für einen inklusiveren Arbeitsmarkt und letztlich für eine inklusive Gesellschaft.

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
205 · Ausgabe AG · März 2023



Heraus zum Feministischen Streik 2023!



Unsere Gesellschaft hat Sexismus tief in sich verankert. Weniger Lohn, Diskriminierung von Frauen, intergeschlechtlichen, non-binäre, trans und agender Personen und Gewalt an uns sind die systematischen Probleme, die wir FINTAs* Tag für Tag, Jahr für Jahr am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Unsere Nachhausewege sind gefährlich, unsere Arbeit wird nicht anerkannt, Altersarmut ist weiblich. Die bürgerlich dominierte Politik scheitert mindestens seit der Einführung des Verfassungsartikels für Gleichstellung vor 42 Jahren grandios daran, diese Probleme zu lösen. Nicht weil sie es nicht könnten, sondern, weil sie es nicht wollen. Im Kanton Aargau ist's umso schlimmer: 2017 wurde die Fachstelle für Gleichstellung im Zug von Abbaumassnahmen abgeschafft, und das Frauenhaus Aargau Solothurn ist das einzige Frauenhaus, das subjektfinanziert ist. Dieses Geld reicht bei weitem nicht aus, obwohl auch der Aargau durch die Ratifizierung des Istanbul Abkommens von 2013 verpflichtet ist, genügende Massnahmen gegen häusliche Gewalt zur Verfügung zu stellen. Diese beschämende Auflistung könnte noch lange weitergeführt werden. Klar ist: Die Zeit des Hoffens, dass schon alles mit nettem Bittibätti besser würde, ist schon lange vorbei. Nieder mit dem Patriachat!

Wir laden alle, auch FINTAs und solidarische Männer, ein, am 14. Juni 2023 zu streiken, denn wenn wir wollen, steht alles still. Wir versammeln uns nach einer Reihe von dezentralen Aktionen um 17 Uhr in Aarau, um selbstbestimmt für eine Welt frei von patriarchaler Unterdrückung zu demonstrieren.

feministischerstreikaargau.ch

Mia Jenni und Noctua Chen für das
Feministische Streikkollektiv Aargau

* FINTA: Frauen, intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans und agender Menschen

BESTEUERUNG VON MOTORFAHRZEUGEN

Die SP ist die Partei für Mensch & Umwelt

Wir ergreifen Partei für Mensch und Umwelt. Wie keine andere Partei. Die SP will im Wahlherbst jede Stimme! Ein Kampf mit Argumenten, Überzeugung, Intelligenz und Energie.



Martin Brügger von Brugg ist SP-Grossrat, Mitglied der Kommission Umwelt, Bau, Verkehr und Raumordnung. Er kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Umweltpolitik muss die Menschen beschäftigen: überall auf der Welt, in der Schweiz besonders. Ignoranz von Politik und Multis gegenüber Mensch und Natur wirkt fatal. CO₂-Ausstoss, Klimaerwärmung und Verlust der Biodiversität entwickeln sich dramatisch. Der Lebensraum wird enger. Wie weit ist schlussendlich jede Einwohnerin und jeder Einwohner bereit, eine Politik mitzutragen, die mit Lenkungsmaßnahmen den eigenen Komfort beschneiden kann? Ich bin überzeugt, unsere Wählerschaft trägt eine engagierte Umweltpolitik nicht nur mit, sondern erwartet sie von uns! Selbst wenn man persönliche Bedürfnisse und individuelle «Komfortansprüche» hinterfragen muss.

Aktuell präsentiert der Aargauer Regierungsrat einen «Massnahmenplan Luft». Eine sanfte umweltpolitische Massnahme, weil die Reduktion der gängigsten Luftschadstoffe (gemäss Luftreinhaltekonzept des Bundes 2009) bis heute nicht erreicht wurde. Bisher getätigte Massnahmen für einen genügenden Schutz für Mensch, Gesundheit und Umwelt reichen nicht. Das frische umweltpolitische Lüftchen aus der Regierung ist zu begrüssen, obwohl es einen kräftigeren Luftzug für die Umwelt brauchen würde. Luft, Wasser, Wald, Energie gehören als «Volksgut» uns allen – bei deren Schutz dürfen keine Kompromisse gemacht werden. Industrielle Prozesse sind Hauptquellen von

schädlichen Emissionen aller Art. Diese müssen durch Verschärfungen der Grenzwerte und bessere Kontrollen reduziert werden. Es braucht attraktive Lösungen, damit Industrie, Gewerbe und Private in Luftreinhaltmassnahmen investieren, auch bei «CO₂-freundlichen» Holzfeuerungen, da diese einen grossen Feinstaubausstoss generieren können.

Als Teil des «Massnahmenplans Luft» will die Regierung die Ökologisierung der Verkehrsabgabe als Förderung von energie- und umwelteffizienten Personenwagen angehen. Neu sollen Gewicht und Leistung eines Fahrzeugs die Verkehrssteuer bestimmen und nicht mehr die cm³ des Verbrennungsmotors. Ein defensiver Vorschlag. Die gefahrenen Kilometer wären ein wesentlicher Faktor. Klimapolitik-Ziele: Dekarbonisierung, Reduktion der CO₂-Emissionen und Energieverbrauchsreduktion brauchen energische Massnahmen. Elektrofahrzeuge sind in der Gesamtbetrachtung nicht viel umweltfreundlicher. Herstellung, Entsorgung und Recycling brauchen viel Energie und Rohstoffe. Elektrofahrzeuge benötigen ein ausgebautes Ladestationsnetz und zusätzlich erzeugte Elektroenergie, ein ebenso grosses Strassennetz, Parkfelder etc. Die Öffentlichkeit zahlt die Zeche. Die Bedürfnisse von Individual- und Schwerverkehr sind heilig und die Aargauer Strassenkasse hat viel Geld.

Wenn die Verkehrssteuer für schwere Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren um ein paar Franken erhöht wird, ergibt dies einen bescheidenen Effekt. Unnötiger Schwer- und Individualverkehr ist zu reduzieren. Eine energische Förderung des öffentlichen Verkehrs in allen Regionen des Kantons ist unabdingbar. – Wir bleiben als SP dran.

DIE NEUE PARTEISEKRETÄRIN

Esther Schmidt – immer in Bewegung

Die mit dem Weggang unserer Parteisekretärin Julia Hoppe entstandene Vakanz im Parteisekretariat an der Bachstrasse in Aarau ist wieder mit einer Frau besetzt.

Wer am Januar-Parteitag in Bremgarten dabei war, konnte die von der Geschäftsleitung als neue Parteisekretärin vorgeschlagene Esther Schmidt persönlich kennen lernen. Die 53-jährige Kommunikationsfachfrau hat einen 24-jährigen Sohn und lebt seit 2005 in Wettingen. Aufgewachsen, und das hört man, wenn man mit ihr spricht, ist sie im Rheinland in der Nähe von Bonn.

Allerdings stammt ihre Familie ursprünglich aus der Schweiz. Ihr Urgrossvater Adolf Amstutz aus Alpnach/OW wanderte in den Krisenjahren anfangs des 20. Jahrhunderts nach Deutschland aus, wo er im Rheinland Arbeit als Gärtner fand und eine Familie gründete. Die Urenkelin Esther Schmidt, die 2005 in die Schweiz kam, ist seit 2017 in Wettingen eingebürgert. Studiert hat sie Fremdsprachen in Köln und arbeitete zunächst als Übersetzerin und dann als Fremdsprachenkorrespondentin für den Westdeutschen Rundfunk WDR. In der Schweiz war sie dann für eine Sprachschule tätig und entwickelte Bildungsprogramme für Kantonsschulen und Hochschulen. Der Bildungsarbeit ist sie

treu geblieben, wenn auch nicht der Branche. Mit einer Tätigkeit im Marketing in der Lebensmittelbranche nahm sie ein Studium an der Fachhochschule für Wirtschaft in Olten auf, das sie mit dem Master Online Marketing Management abschloss. Dann kam wieder ein Branchenwechsel hin zur Kommunikationsleiterin im Medizinbereich.



Esther Schmidt, Parteisekretärin.

Wie kam sie zur SP? Lange Zeit parteipolitisch nicht gebunden, lernte sie bei ihrem ehrenamtlichen Engagement im Verein treff.punkt in Wettingen, wo sie seit 2016 in der Integration von Flüchtlingen mitarbeitet, Leute aus der SP kennen, die dort als Ehrenamtliche dabei sind. Das Ambiente passte ihr, die Politik der SP überzeugt sie, und so meldete sie sich folgerichtig auf die Stellenausschreibung als Parteisekretärin.

Die Kandidatur fand Zustimmung bei den Delegierten. Der Parteitag vom 21. Januar 2023 wählte Esther Schmidt als neue Parteisekretärin. Im April wird sie die Arbeit für die SP aufnehmen. Bisher hat sie sich vor allem im Bereich Sprachen und Kommunikation eingesetzt. Wichtig ist ihr, ständig in Bewegung zu sein, beruflich und auch sportlich, so auf längeren Velotouren und Wanderungen. Mit ihrem Sohn zusammen hat sie im Verein treff.punkt eine Fussballgruppe gegründet, die seit zwei Jahren läuft und auch den Austausch zwischen Einheimischen und Geflüchteten fördern soll.

Zu ihren Aufgabenbereichen in der SP gehören die parteiinterne Bildung, die Betreuung der Fachausschüsse und in diesem Jahr zusammen mit den beiden Parteisekretären Claudio Bernet und Dariyusch Pour Mohsen die kräftige Unterstützung der Kampagne für die eidgenössischen Wahlen. Sie will, wie sie in ihrer Vorstellung in Bremgarten sagte, «sich dafür einsetzen, dass wir zusammen viel Positives und Zukunftsweisendes für unsere Gesellschaft bewegen können». Wir wünschen der neuen Parteisekretärin viel Freude und Erfolg in ihrem neuen Amt!

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin von links.ag.

WARUM REDEN WIR ÜBER STROMVERSORGUNGS-UNSICHERHEIT?

PV-Strom aus dem Aargau kann Energieversorgung sicherstellen

Der Ausfall von rund 50 Prozent der französischen AKW hat uns plötzlich klar gemacht, dass unsere sichere Stromversorgung im Winter vom Ausland abhängig ist. Die gewaltsame Unterbrechung der russischen Gasversorgung hat Versorgungsengpässe noch wahrscheinlicher werden lassen.



Leo Keller von Aarau ist Präsident des Fachausschusses Energie und Klima der SP Aargau.

Plötzlich wurde die Stromversorgungssicherheit zum dominierenden Thema, und es ging ein Ruck durch die Schweizer Energiepolitik. Die Forderung nach neuen AKWs wird plötzlich wieder salonfähig. Und die aktive Blockierung des Zubaus der erneuerbaren Energien (Wind und PV) durch die Stromfirmen wie AXPO, Alpiq, AEW, Eniwa werden langsam erkannt.

Warum ist die Stromversorgungssicherheit für die SP sehr wichtig?

Im Sommer 2022 hat die prognostizierte Stromversorgungskrise für den Winter 2022/23 die Strompreise explodieren lassen. Plötzlich wurde ein lebensnotwendiges Gut knapp. Die Marktwirtschaft reagierte – die Handelspreise gingen durch die Decke, und die Gewinne der Stromhändler sprudelten (Windfall Profit). Die Strompreise für das neue Jahr stiegen um 30–260 Prozent. Dies wird zuerst für den unteren Mittelstand und die sozial Schwachen ein Problem. Für Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen

ist es darum vordringlich, solche Marktverwerfungen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Die Sicherung der nachhaltigen Stromversorgung ist somit eine vordringliche Aufgabe sozialdemokratischer Politik.

Wie viel Strom braucht der Aargau heute eigentlich – und bei Netto-Null?

Die Energiestatistik des Aargaus ist einfach: Wir benötigen jährlich rund 5 TWh (Tera-Watt-Stunden) – das entspricht dem Stromverbrauch von rund 1,2 Mio. 4-Personen-Haushalten. Der gesamte Energiekonsum ist natürlich viel grösser. Für die Gebäudewärme, den Transport und für die industriellen Prozesse werden nochmals 10 TWh verbraucht.

Um alle diese Prozesse zu decarbonisieren (so durch Wärmepumpen und Elektroautos) und die AKWs abzustellen, benötigen wir im Aargau zusätzlichen Strom von weiteren rund 3,6 TWh Strom/Jahr (+ 72 Prozent).

Wie gross ist das Potential für PV-Strom im Aargau?

Basierend auf der bisherigen Energiestrategie des Bundes rechnete der Aargau mit 1,13 TWh/Jahr aus PV-Anlagen. Im Energiespiegel (<https://www.ag.ch/de/verwaltung/bvu/energie/energieplanung>) veröffentlicht der Kanton aber die Zahl von 2,8 TWh/Jahr – installiert auf den bestehenden Gebäuden, die sich dazu eignen. Neuerdings zeigte eine umfassende Studie (INFRAS/TEP Solarstrategie Aargau), dass das PV-Potential im Aargau viel grösser ist: 5,35 TWh/Jahr lassen sich auf den Gebäuden und den Strassen-Infrastruktur-Anlagen produzieren! Das sind hervorragende Nachrichten. Allein auf unseren Dächern, Fassaden, Lärmschutzwänden und Parkplätzen können wir 150 Prozent jenes Stroms selber produzieren, den wir wegen der vollständigen Decarbonisierung zusätzlich konsumieren wollen.

Wie und wo produzieren wir die zusätzlichen 5,35 TWh im Aargau?

Die INFRAS/TEP-Studie weist interessante Zahlen auf: 18 Prozent (950 GWh) werden an Autobahnen, Strassen und über Parkplätzen, 82 Prozent werden auf Dächern und Fassaden produziert. Davon werden 77 Prozent auf bestehenden Gebäuden und 23 Prozent auf den noch zu bauenden Neubauten erzeugt. Das Potential von PV-Anlagen auf

weiteren Infrastrukturanlagen oder gar von Freiflächen-Anlagen ist in diesem Potential noch gar nicht enthalten.

Nur wenn wir massiv beschleunigen, können wir das Klima retten!

Wo stehen wir heute – nach 20 Jahren PV-Förderpolitik – mit der Produktion? Gemäss Energiespiegel Aargau sind im Aargau gerade mal 250 GWh installiert – das heisst, es sind 7 Prozent des Ziels und 4,7 Prozent des Potentials realisiert. Der jährliche Zuwachs betrug in den letzten Jahren ca. 25–50 GWh/J. Wenn wir in diesem Tempo weitermachen, würden wir das Produktionsziel frühestens im Jahr 2095 erreichen – wir müssen also massiv beschleunigen. Denn damit die Schweiz das 1,5°C Ziel einhält, muss sie 2040 das Netto-Null-Ziel erreichen. Das schaffen wir aber nur, wenn wir die jährliche Zubaurate – um den Faktor 4 – auf 210 GWh steigern.

Mit Stromspeicher und Stromabkommen schaffen wir die aargauische «Strom-autarkie» auch für den Winter

Die PV-Energie hat ein grosses Problem – sie fällt dann an, wenn die Sonne scheint und nicht unbedingt dann, wenn wir gerne Strom hätten. Wir müssen darum für genügend Speicherung sorgen, damit der PV-Strom auch genutzt werden kann. Dazu sind zwei ergänzende Massnahmen nötig: genügend Tages-Stromspeicher, um den Strom des Tages auch in der Nacht nutzen zu können. Und gute Stromabkommen, um den überschüssigen Sommerstrom dorthin zu verkaufen, wo sie sonst Strom aus (Pump-)Speicherseen oder anderen Speicherkraftwerken beziehen

müssten. Da bis dann alle 400 000 Autos eine beachtliche Batterie (50–100 kWh Speicherkapazität) haben, können diese einen erheblichen Teil des Tagesstroms zwischenspeichern und nachts wieder abgeben. Das wird aber nicht reichen. Zusätzlich benötigen wir noch ca. 5–7000 Salz-Batteriecontainer mit je 1 MWh Kapazität. Kostenmässig wird das kein Problem sein, denn bis dann werden die Batteriekosten sehr viel tiefer sein als heute (rund Faktor 10–30). Das alles schafft auch Arbeitsplätze. Denn statt für 800 Mio Öl und Gas einkaufen, können wir ein klimaneutrales, stabiles und krisenresistentes Energiesystem betreiben.

Mit einer beherzten anderen Energiepolitik schaffen wir das

Dass die bisherige bürgerlich dominierte Energie- und Klima-Politik gescheitert ist, ist offenkundig. Mit drei politischen Instrumenten können wir die Wende schaffen, um das Energie-Ziel rechtzeitig zu erreichen:

1. Service Public ausbauen: Kanton und Gemeinden müssen das PV-Potential an der Autostrassen-Infrastruktur schnell selber ausbauen. Sie müssen das über ihre Energiewerke innert 5 Jahren realisieren. Sie haben das Geld, sie sind die Eigentümer dieser Anlagen und sie haben die Abnehmer beziehungsweise die Kunden. Diesen Teil dürfen sie nicht an die Privaten auslagern! Damit kurbeln sie auch diese neue Industrie schnell an.
2. Energie-Kleinunternehmen fördern, nicht bestrafen. Die Energieverteilunternehmen (EVU wie AEW, Eniwa), die alle im Besitz der Gemeinden und des Kantons sind, müssen sofort den vielen privaten PV-Anlagen-Besitzern den Strom mindestens zu den Produktionskosten (10–12 Rp/KWh) abnehmen, so dass diese nicht wirtschaftlich bestraft werden, wenn sie einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.
3. Investitionen in Service Public ermöglichen: Die Kantonalbank muss langfristige, günstige Klimahypotheken offerieren, die allen Hausbesitzerinnen offenstehen, wenn sie PV-Anlagen und Wärmepumpen installieren respektive wenn sie die Gebäudehülle sanieren wollen. Damit wird auch verhindert, dass diese «Klimainvestitionen» einfach auf die Mieter überwälzt wird.

Wenn wir in diesem Tempo weitermachen, würden wir das Produktionsziel frühestens im Jahr 2095 erreichen – wir müssen also massiv beschleunigen.

HALBSTUNDENTAKT IM FRICKTAL MIT ZUG STATT BUS

Wir bringen es auf die Schiene!

Es ist nicht attraktiv, vom Auto auf den Bus umzusteigen. Attraktiv ist die Bahn. Aber nur, wenn sie regelmässig fährt. Dies ist auf dem Fricktaler Seitenast Stein-Laufenburg nicht der Fall. Deshalb wurde 2017 die Motion Roland Agustoni eingereicht. Sie fordert, dass auf dem Streckenabschnitt Stein-Säckingen-Laufenburg das Bahnangebot zum 30-Minuten-Takt erweitert wird.



Colette Basler von Zeihen ist Co-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion. Im Oktober kandidiert sie für den Nationalrat.

In einem historischen Akt wurde diese Motion von sämtlichen Fricktaler Gemeinden unterstützt. Im Grossen Rat wurde sie entgegen dem Willen der Regierung deutlich angenommen. Mit der Botschaft von 2023 schlägt der Regierungsrat unter anderem eine Busvariante vor. Dies, weil die Bahnvariante 61 Millionen Franken kosten und vom Kanton allein getragen werden müsste. So sollte eine Busvariante als Übergangslösung geschaffen und auf den Bund gewartet werden. Nur warten wir dann unter Umständen bis «ane chrumbe Tuback», bis 2045. Dies ohne Garantie, dass das Fricktal beim nächsten Ausbauschritt 2035 mitberücksichtigt wird. Im Grossen Rat obsiegten die Argumente für eine Bahnlösung und die Umsetzung der Motion. Bei der FDP löste der deutliche Entscheid wenig Begeisterung aus. Sie entschied sich für das Behördenreferendum. Voraussichtlich im Juni stimmt die Aargauer Bevölkerung also über den Halbstundentakt für das Fricktal ab.

Die Verkehrsdichte an den neuralgischen Stellen im Fricktal ist bereits heute unerträglich. Allein durch Laufenburg fahren täglich bis zu 20 000 Fahrzeuge. Stauzeiten sind Alltag. Die Bevölkerung in den betroffenen Gemeinden sowie die Pendlerinnen und Pendler sind stark belastet.

Es stellt sich die berechtigte Frage, ob nicht auch der Bus in diesem Stau stehen würde. Ohne eigenes Trassees würde er dies zweifelsohne. Garantierte Anschlüsse gibt es auch nicht. Die gibt es einzig mit der Bahn. Als Argument für die Busvariante wird das ungenügende Personen-Potenzial auf der

Strecke Stein-Laufenburg angeführt. Was war nun zuerst, frage ich, das Huhn oder das Ei? Ist das Angebot erst da, wird es auch genutzt. Nicht zuletzt, weil im Zug gearbeitet werden kann, eine grosse Chance auf einen Sitzplatz besteht und das Reisen bequemer ist. Mit der Überbauung des Sisslerfeldes und der neuen Mittelschule werden in Zukunft mehr Menschen unterwegs sein. In der Konsequenz wird die Anzahl Bahnreisender steigen.

Nein, die Busvariante ist nicht attraktiv.

Die Strasse Stein-Säckingen-Laufenburg ist heute schon überlastet. Wollte man eine zuverlässige Buslinie und garantierte Anschlüsse gewährleisten, müsste ein eigenes Bustrassees geschaffen werden. Als Befürworterin der Bahnvariante glaube ich nicht, dass dies ohne Landverlust möglich ist. Das Kulturland ist massiv unter Druck. Es darf unter keinen Umständen weiteres Land geopfert werden. Aus Sicht von Umweltschutz und Landwirtschaft wäre das eine Katastrophe.

Nein, die Busvariante ist nicht attraktiv. Sie ist nicht zuverlässig, nicht nachhaltig, frisst Kulturland und auch sie wird uns einen grossen Batzen kosten.

Neu in der Geschäftsleitung Lucia Engeli



Du wurdest am 21. Januar 2023 in die Geschäftsleitung (GL) der SP Aargau gewählt. Was motiviert Dich, neben Deinem beruflichen und politischen Einsatz in der GL mitzuarbeiten?

Die Geschehnisse der Kantonalpartei auf strategischer Ebene mitzugestalten, finde ich eine tolle Chance. Mit dem Blick «von der Basis» entstehen manchmal Ideen, was noch gemacht werden könnte. Vielleicht lässt sich das eine oder andere nun umsetzen.

Wofür setztest Du Dich besonders ein? Warum?

Ich möchte gerne die SP von innen durch eine starke strategische Führung stärken. Die Stärkung der Sektionen ist für mich ein Herzensprojekt, das ich gerne unterstützen möchte. Durch eine optimale Vernetzung von Personen an wichtigen Positionen könnten noch viele Synergien gewonnen werden.

Welche politischen und beruflichen Erfahrungen kannst Du in der GL einbringen?

Ich möchte meine Erfahrungen als Sektionspräsidentin sowie aus dem Exekutivamt einbringen. Durch die Erfahrungen als Präsidentin des Fachausschusses Gesundheit und Soziales kann ich auch diesen Blickwinkel beisteuern. Beruflich kenne ich die Innensicht des Gesundheitswesens, ausserdem habe ich viele Jahre Erfahrung in der Personalführung. Auch das könnte nützlich sein. Zuerst einmal danke ich den Delegierten des Parteitag und den bisherigen GL-Mitgliedern für ihr Vertrauen.

Die Ärztin Lucia Engeli von Unterentfelden ist im Fachausschuss Gesundheit und Soziales der SP Aargau engagiert, im Januar 2023 wurde sie als Mitglied der GL des Kantons Aargau gewählt, seit 2022 ist sie SP-Gemeinderätin in Unterentfelden. Im Oktober kandidiert sie für den Nationalrat.

ENTSPANNUNG IN BOSNIEN

Mehr Menschen auf der Balkanroute

Stefan Dietrich war anfangs Februar 2023 erneut für das Projekt Help Now auf der Balkanroute. In Sarajevo und Bihać wurden Hilfsgüter direkt übergeben.



Stefan Dietrich von Bremgarten ist Co-Präsident der SP Aargau und Grossrat. Er kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Tausende Menschen befinden sich auch zur Zeit nach wie vor auf der «Balkanroute» auf dem Weg nach Norden, Richtung Mitteleuropa. Laut den offiziellen Daten des Sicherheitsministeriums Bosnien-Herzegowinas wurden im Jahr 2021 15 740 und 2022 27 429 ins Land einreisende Personen registriert. Sie kommen aus Afghanistan, Syrien, Pakistan, Marokko und Bangladesch. Registriert wurden ebenfalls irakische, iranische und kubanische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Abhängig vom Visaregime reisen gewisse Migrantinnen und Migranten über Moskau und Belgrad in die Region und versuchen über Bosnien-Herzegowina die Europäische Union zu erreichen.

Die Anzahl der nicht registrierten Migrantinnen und Migranten lässt sich nur schwer schätzen. Mehrheitlich kommen die Menschen über die Türkei, Griechenland oder Bulgarien nach Europa. Verschiedene Routen führen entweder über Albanien, Montenegro nach Bosnien-Herzegowina oder über Nordmazedonien nach Serbien. Innerhalb Bosnien-Herzegowinas verlagerten sich die

Routen aus der Region um Bihać immer mehr Richtung Gradiška. Immer wieder wird von Unfällen und Todesfällen beim Überqueren der winterlich kalten Sava berichtet.

Mit zunehmender Repression und Gewalt an den europäischen Aussengrenzen nimmt der Druck auf die Flüchtenden zu. Routen und Wege variieren und passen sich an. Kriminelle Strukturen nehmen zu und gefährden Geflüchtete. Immer wieder wird von Toten in Transportfahrzeugen, wie zuletzt aus Bulgarien, berichtet.

Aargauer Hilfe auf der Balkanroute

«Help Now» begann 2015 als lokale Initiative in Bremgarten, wurde zum Verein und schloss sich 2017 als Projekt dem Verein Netzwerk Asyl Aargau an. Stefan Dietrich war Mitgründer und organisiert Sammel- und Hilfsaktionen. Seither konnten dank einer überwältigenden Solidarität im Aargau, aber auch darüber hinaus, mehr als 16 Hilfseinsätze entlang der Balkanroute, von Österreich, Slowenien bis Mazedonien durchgeführt werden. Seit Frühsommer 2015 konzentrierten sich die Hilfseinsätze auf Bosnien-Herzegowina, insbesondere auf den Nordwesten um Bihać, Velika Kladuša, aber auch auf Ključ, Mostar und Sarajevo.

Obwohl sich zur Zeit wieder weitaus mehr Menschen auf der Balkanroute zwischen der Türkei, Griechenland und Mitteleuropa befinden, hat sich die Lage in Bosnien-Herze-

gowina entspannt. Zwar überqueren relativ viele Menschen in kurzen Zeiträumen die bosnische Staatsgrenze, bleiben aber nur für kurze Zeit im Land und reisen weiter nach Kroatien. Der Aufenthalt in Bosnien-Herzegowina scheint sich verkürzt zu haben. Mehrere Aufnahmezentren wurden 2022 geschlossen.

Stefan Dietrich war mit seinem Sohn Nikola fast eine Woche in Bosnien-Herzegowina. Schwerpunkte waren Sarajevo und Bihać. Vor Ort konnten im Wert von 15 000 Franken, Kleidung, Schuhe, Hygieneartikel, Lebensmittel eingekauft und übergeben werden. In Sarajevo waren sie mit der NGO «kompasso71» und in Bihać mit dem Roten Kreuz gemeinsam aktiv. In Sarajevo wurden beide vom Botschafter der Schweiz Daniel Hunn zu einem Austausch über die aktuelle Lage auf der «Balkanroute» in Bosnien-Herzegowina empfangen. Weiter trafen sie sich mit Journalistinnen in Sarajevo und Bihać. In Bihać wurden sie durch Vertreter der Stadt ins Rathaus eingeladen. Die Stadt Bihać wie auch das Rote Kreuz in Bihać dankten für die nun mehr als fünfjährige kontinuierliche Zusammenarbeit.

Ausblick

Obwohl aktuell weitaus mehr Menschen von Süden nach Norden unterwegs sind, hat sich die Lage besonders in Bosnien-Herzegowina entspannt. Die staatlichen Institutionen funktionieren und übernehmen ihre Verantwortung, die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen hat sich verbessert. Grundsätzlich kann man Verbesserungen auf vielen Ebenen feststellen. Auch hat sich die Aufenthaltszeit der Migranten im Land verkürzt. In Bezug auf Pushbacks liegen unterschiedliche, widersprüchliche Infos vor. Die Schweiz war und ist kein Ziel der Migrantinnen und Migranten. Allfällige Auswirkungen des Erdbebens in der Türkei und des bald nahenden Frühlings lassen sich noch nicht abschätzen.



V.l.n.r.: Stefan Dietrich, Ines Tanović, Ilma Čosić. Wir kauften vor Ort 171 Paar Schuhe in Sarajevo ein und Übergabe sie an die NGO kompasso71. Das rote Auto ist mein privates Fahrzeug.



Stefan Dietrich und Selam Midžić vor dem Transitzentrum Lipa, bei Bihać.

REVISION POLIZEIORGANISATION

Einheitspolizei oder ein Gewusel von 16 Organisationen?

Der Regierungsrat stellt die Gretchenfrage: Soll die Sicherheit im Aargau von einer Einheitspolizei gewährleistet werden, oder sollen es 15 Regionalpolizeien (RePols) zusammen mit der Kantonspolizei (KaPo) richten? Die SP ist für eine Einheitspolizei +. Quasi eine KaPo mit Vorzügen.



Lelia Hunziker von Aarau ist als SP-Grossrätin Mitglied der Kommission öffentliche Sicherheit SIK. Sie kandidiert im Oktober 2023 für den Nationalrat.

Die Situation heute ist kompliziert. 16 Polizeiorganisationen sind im Aargau tätig. Damit aber nicht genug. Zusätzlich kommt die Grenzpolizei zum Einsatz, und private Sicherheitsfirmen agieren im Auftrag des Kantons. Aus Sicht der SP ist das unhaltbar. Effizient geht anders.

Fakt ist aber auch: 90 Prozent der Aargauer:innen fühlen sich sicher. Die Akteure arbeiten Hand in Hand, partnerschaftlich und kooperativ. Man hilft, unterstützt und ergänzt sich. Auch wenn es heikel wird: Die Polizist:innen arbeiten im Team. Das ist gut. Es gibt aber auch Doppelspurigkeiten. So sind die RePols bei Verkehrsunfällen oder in Fällen von häuslicher Gewalt meistens als erste vor Ort. Klären, sichern und beruhigen. Aber zuständig für die Weiterverarbeitung ist dann die KaPo. Es kommt zur Fallübergabe. Das ist aufwändig.

Zu viele Unterschiede

Die KaPo hat keine Befehlsgewalt über die RePols. Es gilt 16 Einheiten zu koordinieren. Die Diskussion auf Augenhöhe ist aufgrund von unterschiedlichen Dienstgraden und Funktionen erschwert. Die gute Zusammenarbeit basiert auf Freiwilligkeit und Goodwill. Das ist fragil. Es gibt, obwohl alle Polizist:innen die gleiche Ausbildung haben, Unterschiede bei Löhnen und Anstellungsbedingungen. So kann es gerade mit dem aktuellen Fachkräftemangel zu einem kantonsinternen Kampf um Personal kommen. Die RePols unterscheiden sich in ihren Leistungen. So gibt es in grösseren Regionen 24/7 Patrouillen, in kleineren gibt es das Pickettsystem. Nicht überall können dem Vernehmen nach

Patrouillen doppelt besetzt werden, was ein Sicherheitsrisiko für die Angestellten bedeutet.

Es braucht eine Klärung und Verschlan-
kung der Organisation. Auch in der Poli-
zeiarbeit gilt: Zu viele Köch:innen verder-
ben den Brei. Das präventive, aufsuchende
Patrouillen-Netz muss beibehalten werden.
Es gilt jedoch auch neue Wege zu beschrei-
ten, wie der Einsatz einer nicht repressiven
Einheit. Ob eine Einheitspolizei mit starker
regionaler Verankerung oder eine Einheits-
polizei mit wenigen, grösseren RePols besser
ist, gilt es zu klären. Gesucht ist die ideale
Organisation. Und zwar ohne Scheuklappen.

Ein weiterer strittiger Punkt ist die
1:700-Regelung. Das heisst, auf 700 Ein-
wohner:innen kommt ein:e Polizist:in. Diese
Dotierung genügt nicht, sie ist statisch und
entspricht ausschliesslich dem Bevölke-
rungswachstum. Während Corona und den
Demonstrationen brauchte es mehr Perso-
nal. Spielt ein Aargauer Fussball-Team in der
obersten Liga, auch. Die Bereiche Cybersi-
cherheit, Kinderpornografie und Menschen-
handel sind sehr personalintensiv. Will man
diese Delikte bekämpfen, dann braucht es
Ressourcen. Aktuell werden immer mehr
polizeiliche Aufgaben (Gefangenentrans-
porte, Fusspatrouillen) an private Sicher-
heitsfirmen ausgelagert, damit die Verhält-
nisszahl 1:700 eingehalten werden kann. Das
ist heikel und stossend. Das Gewaltmonopol
gehört dem Staat und darf nicht aufgrund
einer starren gesetzlichen Vorgabe, die vor-
nehmlich auf einer Sparmassnahme beruht,
an Private ausgelagert werden.

JA ZUR KANTONALEN OMBUDSSTELLE

Konflikte unkompliziert und unbürokratisch lösen



Die Idee aus Skandinavien überzeugt:
Wer ein Problem mit den Behörden hat,
wer einen Entscheid der Verwaltung nicht
versteht oder wer sich vom Staat miss-
verstanden fühlt, wendet sich an eine
unabhängige, neutrale, vertrauliche und
kostenlose Ombudsstelle.

Auch im Kanton Aargau soll neu eine
Ombudsperson Anliegen der Bevölkerung,
die sich aus dem Umgang mit Behörden
ergeben, entgegennehmen. Ein Weisungs-
recht gegenüber Behörden kommt ihr indes
nicht zu. Sie ist unabhängig und wird vom
Grossen Rat jeweils auf vier Jahre gewählt.
Derzeit haben die Kantone Zürich, Basel-
Stadt, Basel-Landschaft, Waadt, Zug, Frei-
burg und Genf eine solche Stelle eingerich-
tet und machen damit gute Erfahrungen.
Höchste Zeit also, dass auch wir im Aargau
eine Ombudsstelle bekommen. Denn mit
einer solchen Stelle wird eine nieder-
schwellige, bürgernahe und effiziente
Möglichkeit geschaffen, Konflikte früh-
zeitig und kostengünstig beizulegen. Eine
Ombudsstelle schafft Vertrauen, entlastet
die Verwaltung und stärkt den Service
public im Kanton.

Im Grossen Rat kam die Vorlage nach
engagierter Debatte mit 73 zu 66 Stimmen
durch. Während wir, gemeinsam mit
Grünen und GLP, den Zuständigkeits-
bereich gerne auf die Kantonsspitäler und
die Fachhochschule ausgeweitet hätten,
wehrten sich Mitte und EVP erfolgreich
gegen jegliche Ausweitung. SVP und FDP
sahen weder die Notwendigkeit noch die
Wirksamkeit einer kantonalen Ombuds-
stelle, stimmten geschlossen dagegen
und ergriffen das Behördenreferendum.
Das heisst, die Aargauer Bevölkerung
wird voraussichtlich im Juni über die
Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle
abstimmen können.

Alain Burger von Wettingen ist SP-Grossrat.
Er kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

SP-PODCAST

«Baden. Aarau. Zofingen.» – Schon gehört?

Kennt ihr das, wenn ihr an einem Apéro in einem Pulk von Personen steht und eine Person referiert mit anbetungswürdiger Leidenschaft über eine Herzensangelegenheit ..., die euch null interessiert. Nett nicken bleibt da die einzige Option, wenn Meral erklärt, warum Insekten biologisch nicht grösser werden können als ein Unterarm oder Anton aufzeigt, weshalb es weltweit bloss zwei Wortstämme für Tee gibt. Man möchte nicht unhöflich sein und sich doch aus der Menge schälen dürfen. Die Leidenschaft der Referent*innen kennt man allerdings, denn man trägt sie selbst in sich. Einfach für andere Themen. Da könnte man stundenlang mithören und mitdiskutieren.



Für dieses Problem gibt es eine Lösung. Sie nennt sich Podcast. Im Gegensatz zu einem Apéro kann man da den Redefluss jederzeit unterbrechen, nachdenken und mit

einer anderen Mithörer*in oder den Podcaster*innen selbst eine Diskussion beginnen. Und wenn drei Politnerds und Plaudertaschen wie Lelia Hunziker, Cédric Wermuth und Mia Jenni aufeinandertreffen, dann gibt es viel zu diskutieren.

Die Prämisse des ersten Aargauer Politpodcast namens «Baden.Aarau.Zofingen.» ist bestechend einfach. Es treffen sich in einem Rhythmus von ungefähr eineinhalb Wochen ein Zofinger Nationalrat, eine Kommunalpolitikerin aus dem Bezirk Baden und eine Aarauer Grossrätin zu einem rund 25-minütigen Gespräch über ein Thema, was die Politlandschaft national oder international gerade bewegt. Dabei sollen kein Anliegen zu klein, keine Überlegung zu gross sein – im Gegenteil: Die Verteilung der drei Podcaster*innen auf die unterschiedlichen legislativen Ebenen dieses Lands zeigt auf, wie alles miteinander verknüpft ist.

Wir haben diesen gemeinsamen Podcast gestartet, weil eine solche Verknüpfung in der hiesigen Politlandschaft manchmal schmerzlich vermisst wird. Nicht nur legislativ bringen wir Unterschiedliches ein, auch sonst befinden wir uns durchaus in verschiedenen Rollen. Lelia, Mutter zweier Jugendlicher, ist die Geschäftsführerin der FIZ (Fach-



Mia Jenni aus Obersiggenthal ist Literaturwissenschaftlerin, Sekretärin der SP queer Schweiz und arbeitet in der Kulturförderung. Sie ist SP-Einwohnerin, im SP-Vorstand der SP Bezirk Baden und Präsidentin des Forum 1. Mai in Baden. Mia Jenni kandidiert im Oktober 2023 für den Nationalrat.

stelle Frauenhandel und Frauenmigration) und leidenschaftliche Sportlerin. Cédric ist neben seinem Co-Präsidium der SP Schweiz Vater zweier kleiner Kinder und ein Vielleiter. Und Mia, mit 28 Jahren oft Tee- nie der Runde genannt, organisiert gerade den feministischen Streik im Aargau mit und vergräbt sich gerne in der Welt der schönen Künste.

Neugierig? Podcast findet man unter dem Titel «Baden. Aarau. Zofingen.» auf allen geläufigen Podcaststreamingdiensten. Rückmeldungen sind immer willkommen!

AGENDA

22. März 19 Uhr
Fachausschusspräsidienstzung

18. Juni 2023
Abstimmungssonntag

24. Juni 2023
FEST DER SOLIDARITÄT

Barbetrieb ab 16 Uhr, Arbeiterstrandbad Tennwil
Mia Jenni, JUSO ca. 18–18.15 Uhr
Renato Kaiser, Komiker 18.30–18.45 Uhr
Paul Rechsteiner 19–19.15 Uhr
Renato Kaiser, Komiker 19.30–19.45 Uhr
Elisabeth Baume-Schneider 20 Uhr

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74, sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr / Auflage links.ag: 3066
Redaktion: Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe 20. Februar
Redaktionsschluss nächste Ausgabe 2. Mai
Erscheinen nächste Nummer 22. Mai

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Colette Basler, Martin Brügger, Alain Burger,
Stefan Dietrich, Lelia Hunziker, Mia Jenni,
Leo Keller, Katharina Kerr, Nora Langmoen,
Gabriela Suter, Cédric Wermuth.

AARGAUER ABSTIMMUNGEN:

Ombudsgesetz: JA
Klimaschutzinitiative (vorbehältlich der Beratung im Grossen Rat): JA
Halbstudentakt im Fricktal (vorbehältlich der Festsetzung durch die Regierung): JA

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN:

Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2022 über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen): NEIN
Vorlage 2: Bundesgesetz vom 30. September 2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG): JA
Vorlage 3: Änderung vom 16. Dezember 2022 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) (unter Vorbehalt, Referendumsunterschriften werden noch gesammelt): JA